

ÖKO-LOGISCH

Trumps Axt
im Wald

Von Joachim Wille

Donald Trump hat einen Lauf. Wo er kann, reißt er das alte System ein. Und gerade geht es ihm flott von der Hand – ob Nahost, Steuerreform oder Klimavertrag. Doch der Milliardär im Oval Office baut auch auf. Er hat ein Herz für die Mountainbiker. Künftig sollen die Rad-in-der-Natur-Enthusiasten wieder im Naturschutzgebiet „Bears Ears National Monument“ herumkurven können, das im US-Bundesstaat Utah liegt. Das hat er jüngst proklamiert, und sich so die Wählerstimmen der Bergadler gesichert.

Sechs Parks sollen
verkleinert werden

Und noch mehr. Denn auch Jagen und Fischen sollen in Bears Ears wieder erlaubt sein, Bauern dort Landwirtschaft betreiben können. Trump hat verkündet, die geschützte Fläche werde von 5400 auf 800 Quadratkilometer schrumpfen. Nicht ganz so stark trifft es die Naturschutzregion „Grand Staircase-Escalante“, ebenfalls in Utah. Sie wird „nur“ von 6900 auf 4000 Quadratkilometer heruntergezogen.

Trump versucht, auch in diesem Fall die Geschichte zurückzudrehen. Besondere Befriedigung dürfte es ihm bereiten, dass er damit Entscheidungen seiner Demokraten-Vorgänger Obama und Clinton rückgängig macht, die die Schutzgebiete eingerichtet hatten. Der Präsident folgt damit den Wünschen republikanischer Parteifreunde in Utah, denen die früheren Dekrete aus Washington schon immer als Anmaßung vorkamen. Sie wollen selbst entscheiden, was, wo und wie geschützt wird oder eben nicht – und können es wohl demnächst. US-Innenminister Ryan Zinke hat dafür die Vorlage geliefert. Er ließ die 27 nach 1996 proklamierten „National Monuments“ im Auftrag Trumps darauf hin untersuchen, wo der Naturschutz „übertrieben“ werde. Für sechs Parks hat er die Verkleinerung empfohlen, darunter für die zwei in Utah.

Umweltschützer sind natürlich auf der Palme, ebenso die Navajo-, Hopi-, Ute- und Zuñi-Indianer. Das Gebiet wird seit Jahrtausenden von indigenen Stämmen bewohnt und als Weideland genutzt, außerdem liegen dort heilige Stätten. Klagen gegen Trumps Dekret sind bereits eingereicht. Dabei geht es denn auch weniger um die Mountainbiker. Der Staat Utah hat Interesse, das bisher geschützte Land auch zum Abbau von Rohstoffen, zu nutzen, vor allem von Erdöl und Gas, die dort unter der Erde liegen. Und damit wird dann auch klar, warum der Fossile-Energien-Fan Trump sich hier so ins Zeug legt.



Die Heizung bleibt häufig auch dann aufgedreht, wenn Wohnungen tagsüber leerstehen.

GETTY

Navi für die Energiewende

Das Kopernicus-Projekt soll einen Masterplan für den Umbau des Systems liefern

VON BENJAMIN VON BRACKEL

Ende November haben sich 200 Experten im Umweltforum Berlin versammelt, das geballte Fachwissen in Sachen Energiewende. Sie sind Teil des größten Forschungsprojekts zum Thema. Im April 2016 hat es Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) auf den Weg gebracht: 400 Millionen Euro gab ihr Ministerium für die sogenannten Kopernikus-Projekte, die auf zehn Jahre angelegt sind und sich in vier Teilprojekte aufteilen: Netze, Speicher, Industrieprozesse und Systemintegration. In der ehemaligen Kirche in Berlin Friedrichshain zogen sie nach dem ersten Jahr Bilanz – zumindest für den letztgenannten Bereich, der irgendwie auch alle anderen beinhaltet: Das Projekt E-Navi.

Es ist ein gewaltiger Anspruch: Ein Navigationsinstrument soll für die Energiewende her. Es geht darum, Netze, Speicher und Kraftwerke, aber auch die Wärmeversorgung und den Verkehr so zu harmonisieren, dass alles wenig Geld kostet, ständig Strom fließt und trotzdem möglichst schnell der Umstieg von fossilen Energien auf erneuerbare Energien klappt. Und das alles bitte europaweit und bis 2050. Mit anderen Worten: der Masterplan für die Energiewende.

Die Vorstellung nach dem ersten Jahr Arbeit fällt allerdings noch etwas vage aus. So sprechen die Redner mehrfach da-

von, dass sie sich mit Problemen befassen wollen wie dem, dass es mitunter für das Klima nichts bringe, wenn Deutschland mehr tut als andere europäische Länder, weil durch das Emissionshandelssystem dann anderswo in Europa mehr CO₂-Emissionen ausgestoßen werden können. Erste Politikempfehlungen wollen sie im kommenden März vorlegen.

Nur: In der Zwischenzeit gab es einen Durchbruch bei der Reform des Emissionshandels – einzelnen Mitgliedsstaaten ist es nun erlaubt, mehr zu tun als die anderen und entsprechend viele Zertifikate einfach zu löschen. Es scheint, als überholt die Realität die Arbeit der Forscher, so etwa auch beim Kohleausstieg – in den Jamaika-Verhandlungen wurde das Thema schon ziemlich konkret, bis sich die FDP aus dem Staub machte.

Am Ende soll es für die
Politik Empfehlungen geben

Projektleiter Ortwin Renn vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam gibt zu, dass man nicht immer sofort auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann. Andererseits gebe es auch viele Aspekte der Energiewende, die sich nicht „von alleine“ erledigen würden. Die Wärmewende zum Beispiel.

Immer noch versorgt sich Deutschland zu 85 Prozent aus fossilen Energiequellen, um zu heizen und zu kühlen. Zu

schleppend sanieren Hausbesitzer ihre Häuser oder lassen neue bauen – und selbst in jedem zweiten Neubau wird immer noch mit fossiler Energie geheizt.

Deshalb müsse der Politik aufgezeigt werden, wie sie am besten die fossilen Brennstoffe durch Geothermie, Solarthermie und Biomasse ersetzt, wie sie Strom zur Wärmegewinnung einsetzt und mit Hilfe von intelligenten Reglern die Wärmeverwendung in den Häusern senkt. „80 Prozent der Wohnungen stehen 80 Prozent des Tages leer“, sagt Renn. „Und die meisten heizen währenddessen.“

Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung warnt, nicht die falschen Ansprüche an das Projekt zu stellen. „Uns geht es um mittel- bis langfristige Optionen, sagt der Klimaökonom“, sagt der Ökonom. „Wir wollen die großen Lösungsansätze aufzeigen bis zur Mitte des Jahrhunderts.“

Im Grunde geht es um die Frage, wie sich ein Langfristprojekt wie die Energiewende mit ständig wechselnden Regierungen überhaupt zum Erfolg führen lässt. Er werde immer nervös, wenn Forderungen nach schnellen Lösungen für die Energiewende aufkommen, sagt Edenhofer. Er erinnert an die vielen EEG-Reformen, die sich nach Modethemen wie Bezahlbarkeit oder Marktintegration richteten, nun aber dazu geführt haben, dass der Ausbau weit langsamer abläuft als eigentlich

notwendig. Energie, die fehlt, um das Stromsystem zu dekarbonisieren, den Verkehr zu elektrifizieren und Häuser mit Ökonomie zu beheizen.

Auch der Kohleausstieg sei in den Papieren der Jamaika-Sondierer mehr oder weniger auf eine Gigawatt-Angabe der abzuschaltenden Kraftwerksblöcke begrenzt gewesen, sagt Edenhofer. Für den großen Wurf brauche es da schon mehr. Wie der aussehen soll, wollen die Forscher in verschiedenen Szenarien durchtesten und diese dann zum Teil unter realen Bedingungen erproben, um etwa herauszufinden, wie die Verbraucher reagieren. Und das für alle drei Bereiche Strom, Verkehr und Wärme. So sollen etwa 600 Haushalte in Anhalt mit Smart Metern ausgestattet werden, also intelligenten Messsystemen.

All das soll am Ende in Empfehlungen für die Politik münden. Wie ein Beipackzettel für Medikamente: Was passiert, wenn die Regierung eine Quote für Elektroautos einführt, was, wenn sie eine CO₂-Steuer einführt, was, wenn sie die Benzinspreise erhöht?

Für den Koalitionsvertrag einer neuen Bundesregierung dürfte das wohl zu spät sein – falls es nicht zu Neuwahlen kommt. Das sei aber ja auch gar nicht der Zweck des Projekts, wiederholt Edenhofer. Allerdings, wenn man ihn frage, was es kurzfristig bräuchte in Sachen Energiewende, dann sei das ein CO₂-Preis.